



Helvetische Bank

Die Bank für Unternehmer

Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.helvetischebank.ch



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Triumphzug der SVP geht ungebremsst weiter von Reinhard Wegelin Seite 2	Kanton Zürich Der öffentliche Verkehr kommt besser voran von Ueli Bamert Seite 3	Aktuell SVP Kloten nominiert Kandidaten für Stadtrat und Stadtpräsidium Seite 4	Parlamentsgemeinden Wohnungsnot und linke Verhinderungspolitik von Reto Brüesch Seite 6	Veranstaltungs-Tipp STAF-Podium mit KR Marc Bochsler Seite 4
---	---	--	--	---

SICHERHEITSPOLITIK IM FOKUS

Schweizer Armee – Selbstvertrauen schaffen, Hausaufgaben machen

Die Schweiz von 1990 hatte nicht nur eine Armee, sondern war mit über 800 000 eingeteilten Armeeangehörigen eine Armee.

Nach dem Ende des Eisernen Vorhanges sah der Bundesrat die Zeitenwende voraus und wollte einem schnellen Einfordern der Friedensdividende mit der Armee reform 95 zuvorkommen. Was gut gemeint mit einer Gesamtreform begann, endete schliesslich im faktischen Verlust der Verteidigungsfähigkeit der Schweiz. Was würden die damaligen Generalstabschefs zur heutigen Lage sagen, wo die Armee gerade noch einen einzelnen Grenzabschnitt wie Basel oder einen einzelnen Ballungsraum wie die Flughafenregion für sehr begrenzte Zeit verteidigen könnte? Nun heisst es, den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen und die Schweizer Qualität auch im Bereich der militärischen Fähigkeiten wieder durch Fleiss- und Schweissarbeit zurückzugewinnen.

Der Auftrag ist klar!

Bundesverfassung sowie das SVP-Partei-programm sind punkto Verteidigungsfähigkeit klipp und klar. Die Armee muss das Land verteidigen können und hat über die nötigen Mittel zu verfügen, Punkt! Warum es trotzdem gefühlte Ewigkeiten dauert, bis der bereits 2022 angekündigte Aufwuchs der Armee erste sichtbare Früchte trägt und warum der



Daniel Wäfler
Kantonratsrat SVP
Gossau

in den 90er-Jahren begonnene Abbau schleichend immer noch weitergeht, dürften die Kernfragen sein, welche beantwortet werden müssen, um endlich eine Stärkung der Armee und ihrer Fähigkeiten zu erreichen. Im weiteren Verlauf dieses Artikels ist es die Absicht des Autors, konkrete politische Handlungsrichtlinien aufzuzeigen, welche helfen, den ideologischen Teufelskreislauf in den Diskussionen rund um die Armee zu durchbrechen und effektiv etwas für die Landesverteidigung bewirken können.

Sterben für Danzig oder Kiew?

Ein Grundübel in der Diskussion rund um die Armee ist das dauernde Gegendinanderausspielen von verschiedenen Ebenen. Zunehmend fehlendes geschichtliches Wissen und tendenziell armee feindliche und neutralitätskritische Medien idealisieren die europäischen oder globalen Institutionen, marginalisieren aber die heimatlichen Institutionen und insb. die Armee. Die von den Linken favorisierte europäische Verteidigungslösung, nachdem die NATO mit Trump plötzlich nicht mehr so grossartig ist, bringt aber kurz- und mittelfristig keine Entlastung von den eigenen Verteidigungsanstrengungen und ist eine Fata Morgana. Leute, die selbst nie Militärdienst geleistet haben und der Armee bisher jeden Stein in den Weg legen, wollen nun plötzlich eine europäische Gesamtverteidigung und gar ein Engagement in der Ukraine – dies ist dumm und gefährlich. Die souveräne

und direktdemokratische Schweiz leidet durch die nach wie vor geltende Wehrpflicht und das Bekenntnis zur bewaffneten Neutralität allein schon einen grossen Beitrag zur Stabilität des Kontinents. Dies nun kleinzureden und auf eine Lösung à la Brüssel zu drängen, zeigt die eigentliche Absicht dieser Kräfte, die Souveränität der Schweiz als Ganzes zu schwächen. Dabei hat schon 1939 gezeigt, dass Frankreich oder seine Soldaten nicht bereit waren, für Polen in einen uneingeschränkten Krieg zu ziehen. Der weitere Verlauf ist bekannt und das Versäumnis musste Frankreich selbst teuer bezahlen. Die Schweiz giert, nach dem undenkbar schnellen Fall Frankreichs, zuerst in Schockstarre, welche General Guisan erst mit dem Rütli-rapport und der Reduitstrategie überwinden konnte. Die Schweiz stand dann für vier Jahre allein den Achsenmächten gegenüber.

Auch heute könnte ein «undenkbares» Szenario eines Auseinanderbrechens der NATO oder der EU die Schweiz faktisch wieder allein dastehen lassen. Somit ist die Stärkung der Armee und das Wiedererlangen der Verteidigungsfähigkeit aus politischer und historischer Perspektive alternativlos und muss umgesetzt werden. Historisch haben andere europäische Staaten allenfalls moralische Verpflichtungen gegenüber den Demokratien in Osteuropa, dies ist aber nicht die Flughöhe unserer Armee und schon gar kein Argument, unsere Söhne und Töchter nicht genügend für die Verteidigung der Schweiz auszurüsten.



Staatsbürger in Uniform nehmen Verantwortung wahr, die Politik hat aber auch eine grosse Verantwortung ihnen gegenüber.

Bild: zVg

Bewaffnete Neutralität ohne eigene Munitionsfabrik?

Der Verkauf der Munitionsfirma Ruag Ammotec an das italienische Unternehmen Beretta im März 2022 ist ein krasser Widerspruch zur eigenen Verteidigungsfähigkeit. Mit dem Nachholbedarf an Munitionsproduktion könnte die Firma sicher noch auf Jahre rentabel produzieren und selbst mit Defizit müsste die Fähigkeit zur Produktion der gängigen Munitionstypen im Inland zwingend erhalten bleiben. Alles andere ist für ein Land mit einer langen Schützentradition ein Armutszeugnis und bringt auch bei Standardprodukten eine 100%-Abhängigkeit vom Ausland.

Bei der grössten Beschaffung der Armee, dem F35, besteht zwar auch eine totale Abhängigkeit, doch diese würde auch bei europäischen Modellen bestehen, da die Software so oder so US-Komponenten enthält. Auch hier muss man die Unkenrufe jener verhallen lassen, die gar keine starke Schweizer Luftwaffe wollen und mit der Beschaffung auf Kurs bleiben. Immerhin erhalten nun auch Firmen wie Pilatus eine Menge Aufträge und einen grossen Wissenstransfer aus diesem Geschäft.

Eigene Stärken nutzen

Die Schweizer Armee verfügt mit dem Milizsystem über eine gewaltige Personalreserve mit einer grossen Palette an

Fähigkeiten aus dem zivilen Bereich, welche in kurzer Zeit für die Sicherheit des Landes umgenutzt werden können. Rekruten können nach 12 Wochen RS ganze Brücken bauen und Waffensysteme bedienen, was weltweit so einzigartig ist. Schweiz aus eigener Kraft kann man dazu nur sagen und mit einer vernünftigen Rüstungspolitik und mehr spürbarem Wehrwillen in Politik und Verwaltung kann durchaus ein Aufwuchs gelingen.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung grossmehrheitlich eine starke Armee will. Die aktuelle Situation, wo nur jedes dritte Bataillon ausgerüstet werden könnte, muss ohne Wenn und Aber korrigiert werden. Der Vorstoss von Nationalrat David Zuberbühler zu der Rückkehr zu den bewährten Sprengobjekten auf den Verkehrsachsen zeugt von Mut und lädt zu mehr Engagement der Politik im Sicherheitsbereich ein. Der SVP obliegt als stärkste Kraft die Führung der Armeebefürworter. Dies ist eine grosse Verantwortung in einer schwierigen Zeit, aber mit dem richtigen Kompass muss es gelingen, auf einem nüchternen, aber soliden Weg eine echte Sicherheitspolitik zu gestalten, welche unser Land auch wieder vor den aktuellen Bedrohungen schützen kann. Ein Versagen würde über kurz oder lang den Verlust der Souveränität einläuten und ist keine Option.

Zürcher Untergang verhindern!

Meh Lohn für eusi Lüüt.

JA zur Steuer-senkung



steuersenkung-ja.ch

SVP des Kantons Zürich
IBAN CH17 0900 0000 8003 5741 3







Christoph Mörgeli

Sozialdemokraten als Nichtdemokraten

In der SRF-«Arena» empörte sich SP-Nationalrätin Jacqueline Badran über den amerikanischen Präsidenten Donald Trump: «Dieser grössenwahnsinnige, irrsinnige Clown muss weg!» Wie genau stellt sich Badran ihren Auslösch-Aufruf vor? Trumps Amtszeit endet 2029. Mit welcher Mordwaffe will ihn Badran vorzeitig beseitigen? Mit einem Sturmgewehr, einer Bombe, einer Kampfdrohne? Nein, offenbar am liebsten mit einem Messer, denn sie will ihn «ins Messer laufen lassen». In Wahrheit sind die Vereinigten Staaten nach wie vor eine Demokratie. Das amerikanische Volk wählt alle vier Jahre seinen Präsidenten beziehungsweise die entsprechenden Wahlleute. Donald Trump kam auf 312, seine Gegnerin bloss auf 226 Wahlleute. Am demokratischen Entscheid gibt es nichts zu rütteln. Da kann sich eine linke Schweizer Nationalrätin noch so aufregen, aufspielen und aufplustern. Genau wie SP-Präsident Cédric Wermuth mit seinem «Fuck you, Mister Trump». Oder Jon Pult mit seinem «Mafia-boss».

Sozialdemokraten sind Demokraten mit beschränkter Haftung. Sie werden nämlich zu schrecklichen Nichtdemokraten, wenn sich die Demokratie für eine andere Meinung als für ihre eigene entscheidet. Die SP Schweiz findet es im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten nicht mehr nötig, sich vom revolutionären Sozialismus abzugrenzen. Darum singt die SP an jedem Parteitag mit erhobenen Fäusten die Strophen der kommunistischen «Internationalen». Diese wird auch in sozialistischen Diktaturen gesungen und enthält die Worte: «Erst wenn wir sie vertrieben haben, dann scheint die Sonn’ ohn’ Unterlass.»

Wer solche Parolen äussert, gehört nicht zum demokratischen, sondern zum totalitären Sektor der Welt. Und damit zu einer Weltanschauung, die Terror, kriminelle Energie, Hunger und unendliches Leid über die Menschheit gebracht hat. Den «Neofaschismus» von Trump ortet Cédric Wermuth übrigens in der «Glorifizierung der männlichen Industriearbeit». Einstmals haben die SP-Politiker die Industriearbeiter stolz vertreten. Heute ziehen sie dem Schweiss der Arbeit ihr parfümiertes Poschettli vor.

ZUM EU-VERTRAGSPAKET

Achtung: Vorabentscheidung!

Das schweizerische Gerichtswesen hat einen guten Ruf; dies dank der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter. Die Unabhängigkeit bietet eine hohe Motivation für einwandfreie Urteile. Nun droht bei einer Annahme des EU-Vertragspakets eine für unseren Rechtsstaat gefährliche Frustration der Gerichtspersonen.



Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Aus meiner langen Richtertätigkeit bin ich mir bewusst, dass für das einwandfreie richterliche Schaffen die persönliche Unabhängigkeit für die Motivation der richterlichen Mandatsträger von sehr grosser Wichtigkeit ist. Sie stärkt die Verantwortung der Richterinnen und Richter und ist Garantie unseres Rechtsstaates. Nun droht uns ein dem schweizerischen Recht unbekanntes Institut. Dieses wird im EU-Recht Vorabentscheidung genannt. Diese ist uns fremd. Ein Bezirksgericht muss zum Beispiel nicht zuerst das Obergericht anfragen, wie es zu entscheiden hat. Es kann seinen Entscheid in voller Unabhängigkeit und Verantwortung, nur dem Recht und dem persönlichen Gewissen verpflichtet, fällen.

Was ist das Vorabentscheidungsverfahren?

Es kann nach der allfälligen Annahme des Rahmenvertrages in dessen Anwendungsbereich unklar sein, ob anstatt innerstaatlichem Recht europäisches Recht zur Anwendung kommt und wie dieses auszulegen ist. In diesen Fällen sind diese Fragen dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorzulegen. Neben nationalen Gerichten wird dies oft durch eine der Prozessparteien erwirkt. In der Regel antwortet der EuGH mittels eines Gutachtens. Dabei beschränkt er sich auf die Auslegung europäischen Rechts. Das schweizerische Gericht wird derart zur Marionette. Welch schweizerischer Richter bzw. Richterin möchte das sein? Genau genommen liegt die Rolle eines Befehlsempfängers vor. Es erfolgt eine

eigentliche Degradation. Der Schreiber möchte jedenfalls unter solchen Verhältnissen nicht Richter sein.

Weshalb macht dies niemand zum Thema?

Es mag sich um ein Detail des ganzen Vertragspakets handeln. Aber dieses Detail ist bezeichnend für das ganze Vertragswerk. Denn es zeigt geradezu klassisch auf, wie in einem Teilbereich die richterliche Unabhängigkeit aufgege-

ben wird. Es geht dabei aber beileibe nicht nur darum. Zu bedenken ist nämlich, dass dadurch der demokratische schweizerische Rechtsstaat nicht nur tangiert, sondern im Kern getroffen wird. Wenn man die Sache zu Ende denkt, wäre es Pflicht unserer Exekutive, vor allem des Chefs des Justizdepartements, auf das Problem der Vorabentscheidung und des ganzen diesbezüglichen Verfahrens aufmerksam zu machen. Es liegt nicht nur ein Richterproblem vor, es ist

eine Frage des schweizerischen Verständnisses des Rechtsstaates. Zumindest wäre ein vertraglicher Vorbehalt zu erwirken; denn fremdes Recht und fremde Richter haben über den Umweg des Vorabentscheidungsverfahrens die Macht. Es liegt an denjenigen politischen Kräften, welche für die Unabhängigkeit unserer Schweiz und deren Selbstverantwortung eintreten, auf die Gefahr des Vorabentscheidungsverfahrens aufmerksam zu machen; obschon es sich – oberflächlich betrachtet – nur um ein Detail handelt. Details weisen aber auf das ganze Denken hin. Deshalb gilt: «Soignez les détails!»



Unsere Richterinnen und Richter würden mit einem solchen Institut neu die Rolle von Befehlsempfängern einnehmen.
Bild: Adobe Stock

WACHABLÖSUNG IN SOLOTHURN

SVP triumphiert über FDP

In Solothurn passierte am vergangenen Sonntag eine politische Wachablösung: Endlich schaffte die SVP den Sprung in die Regierung. Dabei triumphierte die 41-jährige Sibylle Jeker. Die FDP verlor ihren zweiten Regierungsratssitz.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Endlich hat es die SVP im Kanton Solothurn in den Regierungsrat geschafft.

Nach acht erfolglosen Anläufen der Partei schaffte jetzt Sibylle Jeker den Sprung in die Regierung problemlos.

Brandmauer der FDP nützte nichts

Die Brandmauer der FDP gegen die SVP funktionierte nicht. Die SVP schlug der FDP eine gemeinsame Unterstützung der bürgerlichen Kandidaten vor. Damit wäre auch der FDP-Kandidat gewählt

worden. Schnoddrig lehnte die einstmals staatstragende FDP ab. Sie machte dabei ausschliesslich Stilfragen geltend.

Kompass verloren

Nach dem historischen Sieg der SVP bei den Kantonsratswahlen war eigentlich erwartet worden, dass sich die FDP auf das Wesentliche konzentriert. Aber ganz nach der Manier ihres ehemaligen

Stadtpräsidenten und Nationalrats Kurt Fluri versuchte sie alles, um die jetzt wählerstärkste SVP schlecht zu machen. Fluri war es ja auch, der im nationalen Parlament dazu beitrug, dass die von Volk und Ständen angenommene Masseneinwanderungsinitiative nie richtig umgesetzt wurde. Die einst stolze FDP wurde im solothurnischen Olten schweizweit gegründet und war dann wichtige Trägerin des Bundesstaates. Heute hat die FDP des Kantons Solothurn ihren Kompass weitgehend verloren. Einer ihrer wichtigsten Exponenten ist jetzt Simon Michel, Unternehmer und Euroturbo im Nationalrat.

Auch im Bundesrat unter Druck

Noch schlimmer als Verluste in Regierungen ist für die FDP jedoch die Situation in Bern. Dort droht der FDP, dass sie spätestens nach den nächsten Wahlen ihren zweiten Bundesratssitz an die erstarkte Mitte abgeben muss.

Energiegesetz gebodigt

Im Kanton Solothurn wird die SVP mit der nunmehr stärksten Fraktion eine verlässliche Politik machen. Bereits im Februar hatte die Partei das kantonale Energiegesetz im Alleingang gebodigt. Sie argumentierte, das Stimmvolk sei mündig genug, um selber zu entscheiden, wann und wie Häuser saniert und Ölheizungen ersetzt werden sollen. Mit diesem Selbstbewusstsein geht die Partei jetzt in die neue Legislatur. Die FDP sucht ihr Glück hingegen neu in einer bürgerlich weitgehend wertlosen Fraktionsgemeinschaft mit den Grünliberalen.



Hat die Wahl in die Exekutive souverän geschafft: die neue Regierungsrätin Sibylle Jeker.

Bild: SVP des Kantons Solothurn

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Lauffreudige SVP-Parlamentarier

Am vergangenen Montag befasste sich der Kantonsrat mit Vorstössen aus den unterschiedlichsten Themenbereichen. Zu heftigen Diskussionen führte einmal mehr die unendliche Geschichte um einen kantonal finanzierten Seeuferweg.



Ueli Bamert
Kantonsrat SVP
Zürich

Zahlreiche Kantonsrätinnen und Kantonsräte sahen am vergangenen Montagmorgen wahlweise erfrischt oder erschöpft aus – je nach Stand der persönlichen Fitness. Grund für das ungewöhnliche Bild war der jährlich stattfindende Kantonsratslauf: Rund 55 Parlamentarierinnen und Parlamentarier trafen sich bereits um halb sieben Uhr morgens im Stadion Letzigrund bei kühlen Temperaturen und bissigem Nieselregen, um 20 Minuten lang möglichst viele Runden zu machen. Am weitesten kam dabei unser Parteipräsident Domenik

Ledergerber, der es auf rund 4,5 Kilometer brachte. Den ersten Platz teilte er sich dabei mit zwei Vertretern der Grünen. Die Teilnehmer der SVP-Fraktion schafften insgesamt rund 30 Kilometer, womit wir einmal mehr die sportlichste Fraktion stellten. Nichts zum guten Resultat beigetragen hat übrigens der Schreibende, dies in Ermangelung ausreichender Sportlichkeit.

Gegenvorschlag erhält Mehrheit

Politisch ging es in der letzten Ratssitzung vor Ostern um den Gegenvorschlag zur «ÖV-Initiative». Diese fordert bekanntlich, dass Gemeinden für Mehrkosten beim ÖV aufkommen müssen, die aufgrund von Tempo-30-Zonen entstehen. Bereits vor zwei Wochen wurde der Gegenvorschlag gegen die Stimmen von SP, Grünen und AL angenommen, was für die Bürgerlichen einen erfreulichen

und wichtigen Erfolg darstellte. Nun ging es noch um die redaktionelle Lesung des Gegenvorschlags, welche diskussionslos über die Bühne ging. Damit ist das zentrale Anliegen der Initiative erfüllt – das Initiativkomitee zieht die ÖV-Initiative zurück.

Umstrittener Seeuferweg

Danach folgte – zum Gefühl hundertsten Mal – eine Debatte zum Uferweg. Ein linker Vorstoss fordert, dass der Kanton und nicht die Gemeinden die Finanzierung von Uferwegen vollumfänglich übernehmen soll; eine Forderung, die klar versenkt gehört. Der Ärger darüber, dass die Linke trotz des klaren Neins des Stimmvolks zum Seeuferweg vor einem Jahr immer noch auf diesem Thema herumreitet, war den Voten der bürgerlichen Sprecher deutlich zu entnehmen. Der Entscheid, der erst im Rahmen der zweiten Lesung fallen wird, dürfte knapp ausfallen.

Nach der Pause ging es um einen ganzen Strauss an mehr oder weniger exotischen Themen: diskutiert wurde über das raumplanerische Potenzial von Seil-, Hoch- und Hängebahnen (Sie ahnen es: Dieses ist gering), um die Herstellung von künstlichem Fleisch im Kanton Zürich (Fazit: Kann man machen, muss man aber nicht) und um die vermeintlich schlechten Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden am Flughafen Zürich – eine Diskussion, die Regierungsrätin Walker Späh mit der Feststellung würdigte, der Kanton könne die Dutzenden am Flughafen tätigen Firmen nicht dazu zwingen, einen Gesamtarbeitsvertrag abzuschliessen. Wie wahr. Zum Abschluss wurden noch zwei Vorstösse zur Wohnbaupolitik behandelt, dem Lieblingsthema der Linken. Auch hier gab es keine handfesten Beschlüsse. Fazit der Sitzung: Hauptsache, wir haben drüber gesprochen.



30 Kilometer in 20 Minuten: Die SVP-Fraktion stellte einmal mehr die lauffreudigsten Kantonsräte.

Bild: Kantonsrat



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Logik der Grünen: Zuwanderung bremsen durch Selbstzerstörung

In einer kürzlichen Debatte behauptete eine grüne Kantonsrätin, die SVP widerspreche sich: Einerseits wolle man die Zuwanderung begrenzen, andererseits mit tieferen Unternehmenssteuern neue Firmen anziehen – was wiederum mehr Arbeitsplätze und damit mehr Zuwanderung auslöse. – Selten so einen Schwachsinn gehört.

1. Der osmotische Druck

In der Physik spricht man vom osmotischen Druck, wenn zwei Flüssigkeiten mit unterschiedlicher Konzentration durch eine Membran getrennt sind – etwa Salzwasser und Süsswasser. Das Salz wandert so lange durch die Membran, bis ein Gleichgewicht herrscht. Diese Metapher passt perfekt zur Zuwanderung: Die Schweiz ist wirtschaftlich stärker als viele ihrer Nachbarn – sie ist die konzentrierte «Lösung». Solange der Unterschied besteht, strömen Menschen zu uns – nicht wegen einzelner Steuersätze, sondern wegen der Gesamtattraktivität.

Die grüne Logik lautet nun: Wir sollen uns absichtlich verschlech-

tern, damit niemand mehr kommt. Das ist grotesk. Die SVP will die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern – nicht sabotieren, um die Symptome einer verfehlten Zuwanderungspolitik zu kaschieren.

2. Schlusslicht Kanton Zürich

Zürich gehört bei der Unternehmensbesteuerung zu den schlechtesten Kantonen – gleichauf mit Bern. Während andere Kantone wie Genf, Jura, Waadt oder Basel-Stadt die Rahmenbedingungen für Firmen verbessert haben, verharrt Zürich. Wenn sich ein Unternehmen heute für einen Schweizer Standort entscheidet und die Steuerfrage entscheidend ist, hätte es 24 bessere Alternativen als Zürich.

3. Mehr Einnahmen trotz tieferer Steuern

Dieser zweite Schritt der Steuerreform wird unseren Standort stärken und die Einnahmen erhöhen. Dass das funktioniert, zeigt der Kanton Genf: Trotz einer massiven Sen-

kung der Unternehmenssteuern um 43% stiegen dort die Steuereinnahmen von juristischen Personen um 47%. Auch Schwyz und Schaffhausen verzeichnen ähnliche Entwicklungen. Die Fakten sind eindeutig: Wer Steuern senkt, gewinnt. Nicht nur an Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch an Erträgen.

Die SVP steht für einen starken Wirtschaftsstandort – und für eine kontrollierte Zuwanderung mit gesunden Rahmenbedingungen. Beides schliesst sich nicht aus – im Gegenteil: Es gehört zusammen. Die grüne Idee, man müsse sich absichtlich unattraktiv machen, um weniger Zuwanderung zu haben, ist keine Lösung. Es ist Selbstzerstörung.



von
Tobias Weidmann

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Zelluläres Fleisch im Kanton Zürich?



Markus Bopp
Kantonsrat SVP
Otelfingen

Die Grünliberale Partei fordert mittels eines Postulats, dass der Kanton Zürich bessere Rahmenbedingungen für Firmen erstellt, die sich für die Produktion von künstlichem Fleisch engagieren. Dieses Laborfleisch sei eine Chance für die Ökologie und das Tierwohl und könne einen Beitrag zu einer besseren Welt leisten. Für dessen Produktion werden Muskelzellen von lebenden Tieren entnommen. Daraus sind die Forscher in der Lage, Stammzellen zu gewinnen, welche danach in einem Bioreaktor mit Nährstoffen vermehrt werden, bis am Schluss ein «Stück Fleisch» im Reagenzglas gezüchtet worden ist. Zusätzlich werden weisse Fettzellen gezüchtet, weil das zelluläre Fleisch kein Fett enthält. Das Fett muss künstlich beigelegt werden, denn ohne Fett ist das Fleisch trocken und enthält wenig Geschmack.

Was abenteuerlich klingt, ist wissenschaftlich bereits machbar. Jedoch kann solches Fleisch erst in kleinen Mengen hergestellt werden. Ob diese Art von Fleisch-

produktion sinnvoll ist oder nicht, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden; zu viele Unsicherheiten stehen im Raum. Die SVP steht neuen Technologien konstruktiv kritisch gegenüber. Wir sind jedoch abgeneigt, wenn der Staat zu viel Einfluss nimmt. Das vorliegende Postulat verlangt einen Bericht vom Regierungsrat, wie der Kanton Zürich ein Zentrum für die künstliche Fleischproduktion werden könnte. Hier stimmte die SVP/EDU-Fraktion dagegen. Wir wollen nicht, dass der Regierungsrat sich zu tief mit dieser Technologie beschäftigt. Die Wirtschaft und die Forschung im Kanton haben bereits erste Erfolge erzielt. Es benötigt keine weitere Aktivität seitens der Politik mehr. Zudem ist aus Sicht Landwirtschaft erwähnenswert, dass wir in der Schweiz mehr als eine Million Hektaren Grünland bewirtschaften (Naturwiesen und Alpf Flächen). Dieses Gras kann nur durch den Pansen eines Wiederkäuers für die menschliche Ernährung nutzbar gemacht werden. Aus diesem Grund ist die Aussage der GLP als falsch zurückzuweisen, dass jedes Kilogramm Fleisch rund 15 000 Liter Wasser benötigt. Hier muss zwischen Importfleisch und heimischem Fleisch unterschieden werden. Die Abstimmung im Kantonsrat hat die SVP mit 116 zu 56 Stimmen verloren. Nur die SVP und Die Mitte haben Nein gestimmt.



Ein saftiges Steak vom Grill aus echtem Schweizer Rindfleisch.

Bild: Pixabay

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Fraktionserklärung der SVP/EDU-Fraktion

Im Geist der religiösen Vielfalt und des gegenseitigen Respekts erlaubt sich die SVP/EDU-Fraktion, eine Fraktionserklärung zum bevorstehenden christlichen Fest Ostern zu verlesen.

Nächsten Sonntag feiern wir Ostern. Ostern ist nicht nur das Fest der Schoggiosterhasen, des Eiertüschens und der Osternestsuche. Nein – Ostern ist vielmehr das wichtigste Fest der Christenheit.

An Ostern feiern wir Christen die Auferstehung von Jesus Christus von den Toten, nachdem er – wie es in der Bibel steht – am Kreuz für die Sünden der ganzen Welt gestorben ist. Damit jeder, der an ihn glaubt, nicht verloren geht, sondern ewiges Leben hat. Dieses Zeichen der Liebe Gottes bewirkt echte Versöhnung und schenkt Hoffnung in einer Welt, die oft als hoffnungslos dargestellt wird.

Die Bibel spricht nicht von No Future oder letzter Generation, sondern von einem Gott, der hilft, ermutigt und Hoffnung gibt. Gott will das Gute für

jeden Menschen und befähigt uns zur bedingungslosen Nächstenliebe.

Der christliche Glaube ist das Fundament unserer aufgeklärt-abendländischen Kultur und die Wurzel unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolgs und unseres beispiellosen Wohlstands. Als Gesellschaft sind wir verpflichtet, diesen Wurzeln und den damit verbundenen Werten Sorge zu tragen. Wenn wir vergessen, weshalb wir religiöse Feste feiern, geht unsere Identität Stück für Stück verloren. Dagegen wehren wir uns.

Wir wünschen Ihnen allen ein frohes und gesegnetes Osterfest – und ein Zeitfenster für eine persönliche Begegnung mit dem lebendigen Gott.

Verlesen von:
Hans Egli, Kantonsrat EDU, Steinmaur

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



MEDIENMITTEILUNG DER SVP KLOTEN

SVP Kloten nominiert Kandidaten für die Exekutive

Die SVP hielt am 10. April 2025 ihre Generalversammlung in Kloten ab. Gekommen waren viele, ein Thema dominierte erwartungsgemäss die Generalversammlung – die Nomination für die Wahlen 2026. Denn wer in Kloten Verantwortung übernehmen will, muss bereit sein, mit Leistung, Verlässlichkeit und Bodenständigkeit zu überzeugen. In rund einem Jahr sind Wahlen. Es ging um die Nomination der Kandidaten für die Exekutive.

Pünktlich um 19 Uhr begann der offizielle Teil der GV mit der Begrüssung und Wahl der Stimmenzähler. Der Präsident der Ortspartei führte rasch durch die üblichen Traktanden. Fragen gab es natürlich bei der Rechnung und beim Budget für das laufende Jahr. Bereits bei der Vorstellung der Jahresrechnung wurde deutlich, dass das Wahljahr 2026 auch finanziell neue Prioritäten setzt. Das Budget wurde sachlich erklärt und mit breiter Zustimmung gutgeheissen. Dem Vorstand wurde die Decharge erteilt. Entsprechend ging es zur Wahl des Revisors der SVP Kloten, der zusammen mit Hans-Peter Kasper das nächste Mal die Rechnung kontrollieren wird. Hier konnte mit Claudio Wäger ein Ersatz für den Abtretenden Dejan Dodic gefunden werden.

Position in der Stadtregierung bestätigen und ausbauen

Nun folgte der spannendste Teil des Abends und wohl auch der Grund, warum an dieser Veranstaltung fast 50 SVPlerinnen und SVPler der Lokalpartei anwesend waren. Die Wahlkommission präsentierte mit Entschlossenheit einen Plan, der unsere Handschrift trägt: Verantwortung übernehmen, Klarheit schaffen und mit starken Persönlichkeiten antreten. Kloten ist in den letzten Jahren gut mit einer bürgerlichen Regierung gefahren. Damit das so bleibt, tritt die SVP Kloten 2026 erneut an – mit klarer Verantwortung für unsere Stadt. Mehr noch: Die SVP Kloten hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Position in der Stadtregierung nicht nur zu bestätigen, sondern auszubauen.

Mit diesem ambitionierten Schritt zeigte die Partei Mut und Entschlossenheit. Wir stellten den SVP-Mitgliedern drei Kandidaten für die Stadtregierung vor. Kurt Hottinger als amtierender Stadtrat ist bereit, sich mit voller Überzeugung erneut in den Dienst der Stadt Kloten zu stellen. Der gestandene Unternehmer hat bewiesen, dass er sich mit der Schule, mit Themen um das Alter, Digitalisierung und dem Sozialen gut auskennt. Er führt seine Dossiers sicher, hält sich unumstösslich an das Kollegialitätsprinzip und ist ein fester Wert in der Stadtregierung.

Zusätzlich stellen sich den SVP-Mitgliedern Sandra Eberhard, vielen in Kloten seit Jahren bekannt als Mitglied im Gemeinderat, der GRPK, der Schulpflege, dem Gewerbeverein und als Organisatorin des Berufswahlparcours, sowie

«Mit starken Persönlichkeiten Verantwortung übernehmen und Klarheit schaffen.»

Richi Frischknecht, der Gründer des Holzabauteams, Mitglied Verein Angeldogs, Verein Weihnachtsmarkt und OK Co-Präsident des Stadtfestes, zur Wahl.

Ein Dreierticket für den Stadtrat

Nach einer kurzen Vorstellung und einer intensiven Fragerunde verlassen die Kandidaten den Saal und kommen nach rund zehn Minuten wieder zurück. René Huber als Stadtpräsident verkündet das Ergebnis wie folgt: Die SVP Kloten hat einstimmig entschieden, mit drei Kandidaten in den Wahlkampf um die Exekutive zu gehen. Die SVP Kloten hat einstimmig entschieden, Gemeinderätin Sandra Eberhard, Stadtrat Kurt Hottinger und Richi Frischknecht ins Rennen zu schicken. Zudem hat die SVP Kloten entschieden, mit Kurt Hottinger das Stadtpräsidium zu

verteidigen – auch dieser Entscheid erfolgte einstimmig.

Respektbekundung an unseren Stadtpräsidenten

Nach der Nomination und der Wahl erfolgte auch das Statement von René Huber. Da die SVP Kloten mit den drei Kandidaten eine überzeugende Lösung für den Wahlkampf gefunden hat und die Verteidigung des Stadtpräsidiums mit Kurt Hottinger sinnvoll ist, wird René Huber an den nächsten Wahlen nicht mehr antreten.

Der Respekt nach diesem Statement war enorm gross – und ist es auch heute noch. Die Versammlung gewährte dem Stapi stehende Ovationen und würdigte damit sein langjähriges Engagement und seine umsichtige Führung im Dienst unserer Stadt.

Mit diesem klaren Votum der Mitglieder und der Respektbekundung gegenüber dem Stadtpräsidenten geht dann auch eine Versammlung zu Ende, die für die SVP Kloten neben vielen tollen und emotionalen Momenten vor allem auch eines heisst: Es ist Wahlkampf!



Die drei Nominierten Richi Frischknecht, Sandra Eberhard und Kurt Hottinger mit dem Stadtpräsidenten René Huber.

Bild: SVP Kloten

FREIHEIT UND SOUVERÄNITÄT VERTEIDIGEN

Rissige Ostereier aus dem Wilden Westen

Was sich derzeit in der Weltpolitik ereignet, ist zwar verstörend, überraschend ist es nicht – unerwartet sind aber die Dimensionen. Werden die Demokratien durch Autokratien verdrängt?



Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Was sich mit dem Zoll-Amoklauf von Donald Trump erwies, war ein Blick hinter die Fassade der US-Regierung. Da sind alle Mittel geheiligt, die dem Ziel der Grösse der USA dienen: Mit der Börsen-Achterbahnfahrt und der Vernichtung von Kapital wurden viele Menschen schwer geschädigt, weil sie knappe Ersparnisse und auch Renteneinbussen in Kauf nehmen müssen, da diese oft auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruhen. Kursfeuerwerke nach dem Crash sind kein Trost, denn auch die Volatilität kann zu gravierenden Verlusten führen. Viele bluten für wenige.

Im Angesicht einer Wirtschaftskatastrophe

Nachdem nach den Aktienbörsen auch der Bond-Markt mit amerikanischen Staatsanleihen ins Schleudern geriet, wurde klar, dass die Welt und die USA vor einer wirtschaftlichen Kernschmelze standen. Würden in der Folge auch diese Zinsen durch die Decke schiessen, wären auch die Schulden der USA kaum mehr finanzierbar gewesen; geschweige denn jene der Bevölkerung.

Diese Drohung war denn wohl auch der Hintergrund der Notbremsung, nicht der Aufschrei von 70 Ländern, die unterwürfig mit Trump verhandeln wollten. Denn gerade Kniefälle gefallen einem Präsidenten, der stolz verkündete, «sie werden noch alle meinen Hintern küssen», um hier die diplomatisch abgefederte Version des effektiven Wordings zu zitieren. Gerne wird hierzulande selbstbelobigend darüber spekuliert, was die Wirkung des Telefonates unserer Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter gewesen sei. Entscheidend dürfte es kaum gewesen sein, aber beeindruckend war der Termin schon, den viele nicht erhalten haben.

Doch vorausgegangen war der Audienz, dass die Bundespräsidentin – war es eine Art von «vorausseilendem Gehorsam»? – just ein Segment der Rede von

Vizepräsident JD Vance an der Sicherheitskonferenz in München belobigte, in dem dieser die fehlende Meinungsfreiheit in Europa tadelte, weil hier auch Faktenchecks in den Sozialen Medien positiver beurteilt werden. Da geht es aber darum, Fake News (auch als Manipulationen aus dem Kreml) und Verschwörungstheorien vorzubeugen, die in diesen Medien eine ungeahnte Autorität entwickeln können. Dies kommt besonders schräg daher, weil just in den USA kritische Journalisten (wie die AP) aus der Nähe des Präsidenten verbannt wurden.

Ausverkauf von Europa

Gerade diese Rede von Vance bestätigte in ihrer Gesamtheit, was wir in dieser Zeitung eine Woche früher unter dem Titel «Szenarien des Verlustes der Souveränität der Schweiz» schon schrieben: Mit den imperialen Ansprüchen von Nationalisten im Kreml für ein Russland von Wladiwostok bis Lissabon schwant Schlimmes, wenn ein nationalistischer Dealer aus der MAGA-Bewegung im Oval Office unverhohlen über eine USA von Alaska über Kanada bis nach Grönland fabuliert.

Wie real eine solche Vision des Ausverkaufs von Europa ist, ging aus jenem Chat hervor, in welchem der Chefredaktor Jeffrey Goldberg des Magazins

«The Atlantic» unverhofft Zeuge der höchst verächtlichen Kommentare über Europa im innersten Machtzirkel in Washington wurde. Würde man dort als Deal die Freiheit in Europa für Interessen des Dealers Trump opfern? Es wäre eine Teilung der Welt in zwei Sphären, wie es sie schon in der Mitte des letzten Jahrtausends zwischen den spanischen und den portugiesischen Kolonialisten gab und wie sie sich mit dem «Eisernen Vorhang» nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholte.

Preisgabe von Souveränität und Freiheit

Auch das Hängenlassen der Ukraine und Trumps fatale Schwächung der westlichen Positionen vor den Ansprüchen von Putin wirft Fragen auf: Für einen guten Verhandler wäre das die grösste Inkompetenz, welche angesichts seiner Eitelkeit ein Donald Trump nie akzeptieren würde. Was waren aber dann Intention und Hintgrund dieses Ausverkaufs, der weitere Kriegsverbrechen mit Raketenangriffen auf zivile Ziele motivierte? Eine Abhängigkeit Trumps von Russland? War es vielleicht ein Dank dafür, dass der Kreml mit Desinformationen in den sozialen Medien auch im US-Wahlkampf präsent war? Diese Varianten wären verheerend für Freiheit und Souveränität.



Prag: Diese Welt war für fast ein halbes Jahrhundert hinter dem Eisernen Vorhang verschwunden.

Bild: Bernhard im Oberdorf

Umfrage Parteiprogramm

Alt Nationalrat Claudio Zanetti hat sich bereit erklärt, das nächste Parteiprogramm zu erstellen. Mit dieser Umfrage möchten wir Sie als SVP-Mitglied abholen. Wir bitten Sie, an dieser Umfrage teilzunehmen.



Jetzt anmelden !



Zum Alträte-Treffen

am Dienstag, 20. Mai 2025

Ab 9.45 Uhr bis ca. 15.00 Uhr

Die Anmeldung erfolgt durch Einzahlung von mind. Fr. 60.- (alles inkl.) auf das SVP-Konto mit dem Vermerk „Ehemalige“

Mit der Einzahlung bis spätestens Mittwoch, 30. April 2025 ist man angemeldet.

Fragen an: Theres Weber-Gachnang, Telefon: 079 433 14 78, t.f.weber@bluewin.ch



SVP Bonstetten

Einladung zum Podium Bonstetten im Gemeindesaal
Donnerstag, 24. April 2025 (19.30 Uhr)

Abstimmung Änderung Steuergesetz (Unternehmenssteuern)

Podium zum Referendum gegen die Senkung der Unternehmensteuer von 1 %

«Nein zur Steuersenkung»
Hannah Pfalzgraf,
KR SP Mettmenstetten



«Ja zur Steuervorlage»
Marc Bochsler,
KR SVP Wettswil



Spital Affoltern

Aktuelle Situation zum Spital Affoltern
Referent: Stefan Gyseler, VR Präsident, Spital Affoltern



Podium Bonstetten zur Volksabstimmung Änderung Steuergesetz vom 18. Mai 2025. Besuchen Sie unsere öffentlichen Podiumsgespräche. Wir freuen uns, viele Interessierte am 24. April begrüßen zu dürfen.

SVP Bonstetten

Termin eintragen



EU LOCKERT NACHHALTIGKEITSREGELN

Droht der Schweiz ein neuer Wettbewerbsnachteil?

Die Europäische Kommission hat erneut bewiesen, dass ihre regulatorische Übergriffigkeit auf tönernen Füssen steht. Nachdem sie über Jahre hinweg Unternehmen mit überzogenen Nachhaltigkeitsauflagen gegängelt hat, rudert sie nun zurück.



Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich
Rickenbach

Künftig sollen nur noch etwa 20% der bisher verpflichteten Unternehmen eine Nachhaltigkeitsberichterstattung vorlegen müssen. Zudem wird das EU-Lieferkettengesetz, das ursprünglich 2027 in Kraft treten sollte, auf 2028 verschoben und inhaltlich entschärft – ein klares Eingeständnis, dass diese Regelungen die europäische Industrie in einem ohnehin schwierigen globalen Umfeld weiter geschwächt hätten.

Während die EU also langsam zur Vernunft kommt und ihre Bürokratiehürden etwas abbaut, gibt es in der Schweiz linke Kreise, die nichts aus diesen Fehlern gelernt haben. So wurde im Januar 2025 eine neue Konzernverantwortungsinitiative lanciert – ein gefährlicher Angriff auf die Schweizer Wirtschaft. Diese Initiative will Unternehmen mit schärferen Haftungsregeln belegen und sie für angebliche Verfehlungen entlang ihrer gesamten Lieferketten in die Verantwortung nehmen. Dies birgt die Gefahr, dass Schweizer Firmen für Missstände belangt werden, die sie selbst gar nicht beeinflussen können.

Die Schweiz als Insel der Selbstbestrafung?

Eine Annahme dieser neuen Initiative wäre ein wirtschaftlicher Selbstmord. Während die EU ihre Wirtschaft entlastet, soll die Schweiz im Alleingang noch strengere Auflagen durchsetzen. Das würde bedeuten, dass Schweizer Unternehmen einen massiven Standortnachteil erleiden, Investitionen zurückgehen und Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden. Bereits die erste Konzernverantwortungsinitiative wurde 2020 nur knapp abgelehnt – und das zu Recht. Damals wurde eindringlich davor gewarnt, dass insbesondere KMU durch

ein solches Gesetz unter die Räder kommen würden.

Doch jetzt versuchen linke und grüne Politiker erneut, der Schweizer Wirtschaft eine Zwangsjacke anzulegen. Offenbar ist man in diesen Kreisen nicht daran interessiert, dass unsere Unternehmen international konkurrenzfähig bleiben, sondern setzt lieber auf ideologische Vorschriften, die realitätsfern und wirtschaftsfeindlich sind. Die Folgen eines erneuten linken Feldzugs gegen die Wirtschaft wären absehbar: Unternehmen würden vermehrt Standorte ins Ausland verlagern, wo die regulatorischen Bedingungen günstiger sind, Schweizer Arbeitsplätze wären gefährdet und der Wirtschaftsstandort Schweiz würde weiter an Attraktivität verlieren.

Die Schweiz darf keine Alleingänge wagen und sich nicht mit überzogenen Regeln ins eigene Fleisch schneiden. Die EU hat erkannt, dass zu strenge Regulierungen das Wachstum abwürgen – weshalb also sollte die Schweiz nun den umgekehrten Weg gehen? Vielmehr muss der hiesige Standort gestärkt werden, indem Unternehmen entlastet und von unnötiger Bürokratie befreit werden.

Die Gefahr neuer Klagewellen

Neben den wirtschaftlichen Folgen droht auch eine Aushöhlung des Rechtsstaates. Die neue Initiative sieht vor, dass Schweizer Unternehmen nicht nur in der Schweiz, sondern auch international verklagt werden können – selbst für angebliche Verstösse, die weit ausserhalb ihres Einflussbereichs liegen. Das bedeutet, dass ideologisch motivierte Nichtregierungsorganisationen und Anwaltskanzleien ein neues Geschäftsmodell entdecken könnten: Klagen gegen Schweizer Unternehmen mit dem Ziel, hohe Entschädigungszahlungen zu erzwingen sowie Schweizer Firmen reputativ zu schädigen. Eine solche Regelung wäre ein Freifahrtschein für die Klageindustrie und würde den Standort Schweiz für Unternehmen massiv unattraktiv machen. Schweizer Unterneh-

men wären nicht nur gegenüber internationalen Konkurrenten benachteiligt, sondern auch immensen rechtlichen Risiken ausgesetzt.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit statt moralischer Alleingang

Insbesondere vor dem Hintergrund der absurden Zollregelungen der Trump-Administration darf sich die Schweiz nicht in moralischem Aktionismus verlieren. Solch linke Regulierungen führen lediglich dazu, dass Unternehmen in Länder abwandern, die wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen bieten. Statt überzogene Moralgesetze zu erlassen, sollte die Schweiz darauf setzen, ihre Unternehmen international zu stärken.

Keine Experimente auf Kosten der Wirtschaft!

Die Schweizer Bevölkerung hat bereits 2020 klargemacht, dass sie keine wirtschaftsfeindlichen Experimente will. Jetzt muss verhindert werden, dass Linksrückgrün unter dem Vorwand der «Nachhaltigkeit» einen zweiten Versuch unternimmt, der unsere Wirtschaft schwächt und Arbeitsplätze gefährdet. Stattdessen ist eine pragmatische Wirtschaftspolitik angezeigt, die Schweizer Unternehmen stärkt, statt sie mit übertriebenen Haftungsrisiken zu belasten. Es braucht keine neuen Zwänge, sondern mehr Freiheit, weniger Bürokratie und eine gezielte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene.



Neben den wirtschaftlichen Folgen droht auch eine Aushöhlung des Rechtsstaates. Bild: Adobe Stock

SVP STÄFA

Mann der Stunde

Da hat unser Präsident Lukas Bubb den richtigen Kapitän aufs Podest bestellt. Kurz vor Schiffbruch – also: pünktlich zum Börsencrash – kam SVP-Nationalrat Thomas Matter nach Stäfa, sah in dreissig erwartungsvolle Gesichter und sagte: Wir kommen da durch. Die anderen Länder nicht unbedingt, aber die Schweiz schon.

Man wünscht, jeder, der in Bern politisiert, würde seine Aufgabe so ernst nehmen wie er, der mit seiner Youtube-Sendung «In den Sümpfen von Bern» tausende Politfans um sich schart. Die Aktien befinden sich gerade im freien Fall. Der Goldpreis ist um 10% gesunken. Trumps Zölle, so Matter, hätten zwar ein Beben auf den internationalen Märkten ausgelöst, aber: «Es ist nicht das Ende der Welt.» Seit letzter Woche wird die Schweiz mit 31% Zöllen belastet. Für den Bankier aus Meilen ist klar: «Die Amerikaner haben sich verrechnet.» Bei der Berechnung des Handelsvolu-

mens sei nicht berücksichtigt worden, dass wir von einem Land mit 340 Millionen Amerikanern reden – gegenüber der Schweiz mit neun Millionen Einwohnern.

Bei der parallelen Gegenüberstellung kommt man auf einen Pro-Kopf-Konsum von 156 Franken von Schweizer Produkten in Amerika versus 1550 Franken von amerikanischen Produkten in der Schweiz. «Das ist irrwitzig», äussert sich Matter. Im ersten Moment habe die Schweiz richtig reagiert. «Nun braucht es Fakten. Es geht darum, den Verantwortlichen im Weissen Haus vor Augen zu führen, dass unser Land zu den bes-

ten Kunden der USA gehört, wenn man alles auf den Pro-Kopf-Konsum herunterbricht. Die Schweiz ist das sechstgrösste Land bei Direktinvestitionen in den Vereinigten Staaten. Unsere Firmen beschäftigen rund eine halbe Million amerikanische Arbeitskräfte ennet des Atlantiks.»

Nach Matter wäre es höchste Zeit für interessenorientierte Diplomatie – ein Fremdwort für unsere aussenpolitischen Vertreter in Bern. «Die meisten sehen nur die EU, wenn es um internationale Handelsbeziehungen geht.» Das Schlimmste wäre, wenn sich die Schweiz nun aus Bequemlich- oder Gefälligkeit der Europäischen Union anschliessen würde.

Im gleichen Tonfall, wie der Vater von vier Töchtern die schweizerisch-amerikanischen Beziehungen lobt, betont er sein Vertrauen gegenüber dem schweizerisch-chinesischen Freihandelsabkommen. Der Ehrengast des Abends kennt die Märkte und die Gesetze der Weltwirtschaft. Danke, Tommy, für eine Begegnung mit bleibenden Eindrücken und für das pausenlose Engagement im Namen des neutralen und zukunftsorientierten Bankstandortes Schweiz.



Nach Thomas Matter wäre es höchste Zeit für interessenorientierte Diplomatie. Bild: SVP Stäfa

Rahel Senn, Vorstand SVP Stäfa

MIT BEDACHT REAGIEREN

Trumps Zölle

Die Zollankündigungen von Donald Trump sind für uns schwer nachvollziehbar. Denn die Schweiz hat die Zölle – mit Ausnahme der Landwirtschaft – gänzlich abgeschafft. Trump teilt die Exportüberschüsse durch die Importe, kommt damit für uns auf 61 Prozent und verlangt «grosszügig» nur 31 Prozent.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Jetzt wollen die EU-Turbos unter die Decke Brüssels kriechen, weil die EU «nur» mit 20 Prozent Zoll belastet werde. Und sie rufen, da sehe man, dass Trump kein Freund der Schweiz sei.

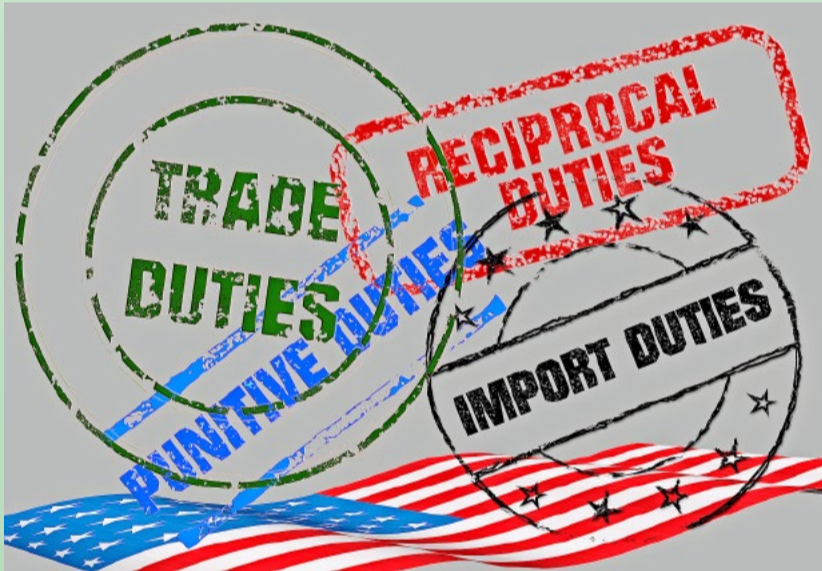
Diesmal geht es nicht um Freund oder Feind. Trump hat auch «befreundete» Staaten wie Japan, Südkorea, Thailand oder Taiwan mit hohen Zöllen belegt. Weil sie alle hohe Exportüberschüsse haben. Der Grund: Es sind tüchtige, konkurrenzfähige Exportnationen – im Gegensatz zur schwächelnden EU mit ihrer überbordenden Bürokratie. Schwache Länder haben so tiefere «Zollsätze».

Nun gilt für Politik und Wirtschaft, ruhig Blut zu wahren. Der Bundesrat

hat zu Recht nicht sofort reagiert. Er beurteilt die Lage. Trump hat einen mächtigen Stein ins Wasser geworfen, damit die von den Wellen überfluteten Staaten jetzt zu ihm kommen und verhandeln.

Als die USA einst unbestritten die führende Weltmacht waren, drängten sie auf Freihandel und Zollabbau. Die Schweiz tat es! Jetzt ist dies nicht mehr der Fall, darum belasten die USA die tüchtigen Importeure in der Hoffnung, dass wieder mehr in den USA produziert wird. Weil die Zölle auch die Amerikaner treffen, offeriert Trump Verhandlungsspielraum – seinen berühmten «Deal».

Für die Schweiz gilt: Die Zölle zu unserem wichtigsten Handelspartner bedeuten zweifellos eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen und gefährden die Produktion. Es gilt, gut zu überlegen, was bei dieser unbekannten Ausgangslage zu tun ist. Wichtig: Nur keine übereilten Entscheide treffen.



Die Schweiz muss nun gut überlegen, wie sie auf die US-Zölle reagiert. Bild: Pixabay

Einladung zum Polit-Dinner



SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik fürs Weinland.

Kantonsrat Paul Mayer
Weniger Steuern, mehr Einnahmen

«Die Steuerreform STAF II sichert Wachstum und stärkt Zürich»



WANN: Mittwoch, 7. Mai 2025 19.00 - 21.30 Uhr	PROGRAMM:	
	19:00 Uhr	Apéro
	19:30 Uhr	Nachtessen auf Kosten der Teilnehmer
	20:30 Uhr	Referat
	21:00 Uhr	Diskussion
	21:30 Uhr	Ende

WO:
Restaurant Bahnhof
Alte Andelfingerstrasse 2
8444 Henggart

Besten Dank für Ihre Anmeldung bis Sonntag, 4. Mai 2025
(bitte Menu-Wahl angeben: Fleisch oder Vegetarisch)

Anmeldung:
ycaspar@sunrise.ch oder
Tel: 079 521 71 34 (Fr. Caspar)
oder per QR-Code



Alle sind herzlich willkommen!



Fadegrad



von
Manuel Zanoni

Der Bürger zahlt die Rechnung

Der aufmerksame Leser dieser Kolumne wird sich womöglich daran erinnern. Vor rund 1,5 Jahren habe ich an dieser Stelle berichtet, dass die Stadt Winterthur unter die Tankstellenbetreiber geht. Genauer gesagt wollte sie Ladestationen für Elektrofahrzeuge in den Quartieren betreiben. Nach einem Jahr Vorlauf sind die ersten drei Stationen letzten November in Betrieb gegangen. Dass der Staat als Unternehmer in diesem Bereich tätig wird, hat bei mir grosse Fragen aufgeworfen. Es ist darum Zeit für ein Zwischenfazit. Als Anwohner glaube ich, die Nutzung zumindest an einem der Standorte beurteilen zu können. Eine wasserdichte Statistik zur Nutzungsfrequenz kann ich nicht präsentieren. Das ist auch nicht nötig, denn die beiden Parkfelder sind – Überraschung – meist leer. Genau drei Mal habe ich im letzten halben Jahr ein Auto auf einem der Felder parkiert gesehen. Jemand hat im Schnee nicht erkannt, dass es sich um eine Ladestation handelt. Ein anderes Mal hat ein ausserkantonaler Nutzer sein Auto aufgeladen. Nur ein einziges Mal hat ein Auto mit einer Zürcher Nummer an einer der Säulen Strom bezogen. Regelmässige Nutzer sind also nicht in Sicht. Bis heute scheint auch niemand aus dem Quartier aufgrund dieser Säulen ein Elektroauto gekauft zu haben, wie es sich die Stadt in ihren linksgrünen Träumen ausgemalt hat.

Die Testphase läuft zwar noch bis Oktober 2026. Es zeichnet sich schon heute ab, dass der Bürger diese saftige Rechnung bezahlen wird. Auf dieser Rechnung stehen nicht nur die Installationskosten von 30000 Franken pro Säule, sondern auch die ganze teure Verwaltungsarbeit dahinter. Dazu gehört die Durchführung von Umfragen in den Quartieren, Erstellung einer Website, Versenden von Briefen an die Quartierbevölkerung oder das Schreiben von Medienmitteilungen. Dabei ist die Untersuchung, die nach Ablauf der Testphase den Erfolg dieser Massnahme preisen wird, noch gar nicht eingerechnet. An diesem Beispiel zeigt sich wunderschön, wie in der Stadt an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeiregiert wird. Wenn man etwas nicht aus der eigenen Tasche bezahlen muss, steckt man in solche Projekte mehr Ressourcen als nötig hinein. Beim linksgrünen Unternehmertum gehen nicht die Unternehmer selbst ins Risiko. Das Haupttrisiko trägt der Staat und damit der Steuerzahler. An Ideen für neue «Unternehmen» mangelt es der linksgrünen Mehrheit in unserer Stadt nicht. Die Kreislaufwirtschaft lässt grüssen. Es ist zumindest ein kleiner Trost, dass ein Stadtparlamentarier der SP, notabene selbst ein privater Unternehmer, mit seiner Vorstellung eines Netzes von 100 Ladensäulen nicht durchgedrungen ist. Es ist bezeichnend, dass jemand mit unternehmerischer Erfahrung dieses Projekt nicht selbst auf eigene Rechnung anpackt.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Über 20 Jahre Wohnungsnot – dank linker Verhinderungspolitik

Unter dem Slogan «Wohnraum für alle» geben sich SP, AL und Grüne gerne als Vertreterinnen der Mietenden. Doch hinter dem schönen Schein steckt vielfach politische Taktik statt echte Lösungssuche. Die Realität zeigt: Die linken Parteien nutzen Themen wie Wohnungsknappheit und steigende Mieten, um Wählerstimmen zu gewinnen – auf Kosten derer, die tatsächlich unter der Wohnungsnot leiden.



Reto Brüesch
Gemeinderat SVP
Zürich

Ein besonders entlarvendes Beispiel war vergangene Woche im Zürcher Gemeinderat zu beobachten: Es ging um den Gestaltungsplan Seebahnhöfe, bei dem die beiden Genossenschaften BEP (Baugenossenschaft des eidgenössischen Personals) und ABZ (Allgemeine Baugenossenschaft Zürich) nach fast 20 Jahren Planung endlich mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen wollen – und das

ohne staatliche Subventionen. Doch kurz vor dem Ziel kommt der Widerstand von links: Nun soll der Bau verhindert werden – angeblich aus Klimaschutzgründen und wegen «grauer Energie». Eine vorgeschobene Begründung, um ein dringend nötiges Wohnprojekt zu torpedieren. Zum Glück erkannte die Mehrheit des Gemeinderates den Ernst der Lage und genehmigte das Geschäft. Doch auch das ist noch kein Startschuss für den Bau – linke Kreise haben bereits neue rechtliche Blockaden angekündigt.

Genossenschaften verlieren die Lust zu bauen

Diese Art von Verhinderungspolitik führt dazu, dass sich Genossenschaften

und andere Bauherrschaften zunehmend fragen, ob sich der aufwendige Weg über einen Gestaltungsplan überhaupt noch lohnt. Viele könnten künftig lieber kleinere Arealüberbauungen mit weniger Wohnungen wählen, um den politischen Auflagen zu entgehen.

Fazit: Mehr Wohnraum, Netto-Null-Ziele und endlose Auflagen gleichzeitig – das geht nicht. Linke Politik blockiert immer häufiger genau jene Projekte, die bezahlbaren Wohnraum ermöglichen würden.

Beispiele linker Verhinderungspolitik gibt es genug

Die Liste der sabotierten oder verzögerten Projekte wächst stetig: Neugasse, Brunaupark, Hardturm-Areal, Haspeln und nun die Seebahnhöfe. Selbst Aufstockungen im Bestand, die ökologisch sinnvoll und flächenschonend wären, werden oft abgelehnt. Es scheint, als nehme man lieber eine Verschärfung der Wohnungsnot in Kauf, als wirklich neue Wohnungen zuzulassen.

Marktwirtschaft statt Verstaatlichung

Die Wohnraumversorgung in der Schweiz ist marktwirtschaftlich organisiert – und das soll auch so bleiben. Der Staat sollte für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen, aber nicht selbst zum Grossinvestor werden. Denn wenn mit Steuergeld teure Projekte finanziert werden, profitieren in der Regel nur wenige – während die Mehrheit der Steuerzahler leer ausgeht.

Gefährliche Initiativen bedrohen den Wohnungsmarkt

Genau in dieser angespannten Lage bringen linke Parteien neue Initiativen ein,

zum Beispiel «Wohnschutz und Vorkaufsrecht für Gemeinden». Doch was nach Schutz klingt, hat fatale Nebenwirkungen: Investitionen werden gebremst, Eigentümer verunsichert, Bauvorhaben verzögert oder ganz verhindert.

Beispiel Genf: Seit dort vor über 30 Jahren ähnliche Massnahmen eingeführt wurden, ist die Bautätigkeit fast zum Stillstand gekommen – Sanierungen finden kaum noch statt und die Mieten sind explodiert. Auch in Basel ist die Bauaktivität seit Einführung solcher Regelungen um über 75% eingebrochen.

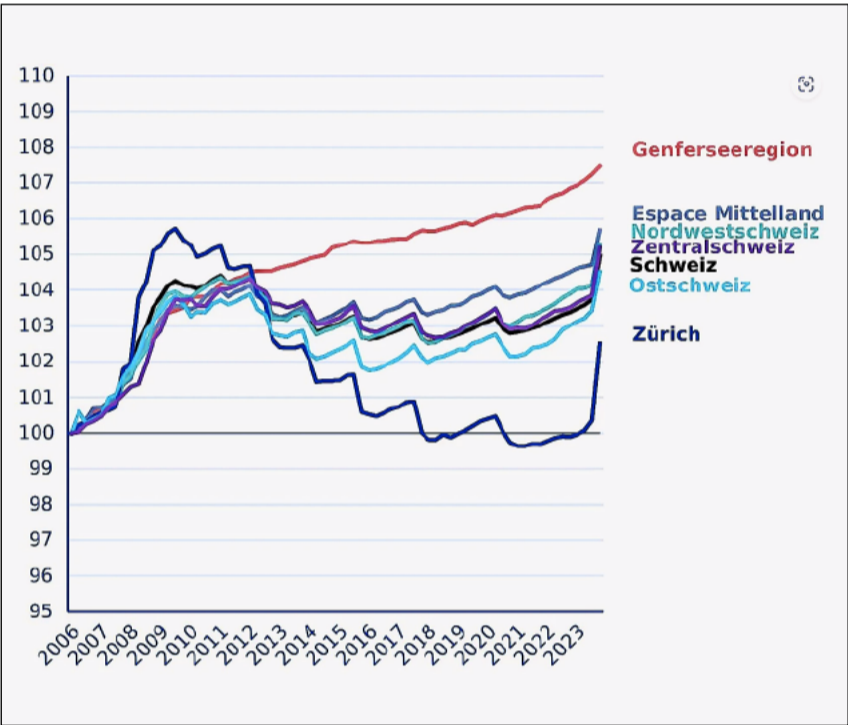
Würde Zürich denselben Weg gehen, hätte das Auswirkungen auf die gesamte Schweiz – denn Zürich zählt rund 778000 Wohnungen, also ein Sechstel des gesamten Wohnungsbestands der Schweiz.

Massenkündigungen als unbeabsichtigte Folge

Viele Eigentümer – ob privat, institutionell oder genossenschaftlich – planen aufgrund der drohenden Regulierung bereits Sanierungen und Kündigungen, die erst in einigen Jahren nötig wären. Eine reine Vorsichtsmassnahme, um nicht von neuen Einschränkungen überrumpelt zu werden. Ökologisch ist das unsinnig – und die Verantwortung dafür liegt bei den Initianten dieser linken Politik.

Fazit: Mieterschutz ja – aber mit Vernunft

Es braucht durchaus Massnahmen, um Mietende zu schützen. Doch Initiativen wie die aktuelle Wohnschutz-Initiative sind wirtschaftlich und wohnpolitisch gefährlich. Sie verschärfen die Wohnungsnot, statt sie zu lindern. Leidtragende sind nicht die Politikerinnen und Politiker, sondern die Bevölkerung, die immer schwieriger eine bezahlbare Wohnung findet.



Altbestandes-Mietindex nach Grossregionen.

Bild: zvg

AUS DEM ILLNAU-EFFRETIKER STADTPARLAMENT

Heute die Weichen richtig stellen für morgen

Im Frühjahr 2026 finden im Kanton Zürich die Gemeindewahlen statt. Für die SVP Illnau-Effretikon ist dieser Wahltermin aus verschiedenen Gründen eine Schicksalswahl. Die Ortspartei macht aber aus der Not eine Tugend und strebt mit kreativen Ideen nach einem Erfolg an der Urne.



Simon Binder
Stadtparlamentarier SVP
Illnau-Effretikon

Die Stimmberechtigten in den Zürcher Gemeinden wählen im Frühjahr 2026 ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter für die nächste Amtsdauer in die kommunalen Behörden. In der Parlamentsgemeinde Illnau-Effretikon geht dabei die SVP-Ortspartei mit zwei wichtigen Handicaps ins Rennen: Auf der einen Seite fehlt unserer Partei die Regierungsvertretung und damit eine «Gallionsfigur» an der Spitze. Dies, seit bereits in den vorletzten Wahlen zwei amtierende SVP-Stadträte ausgeschieden sind. Andererseits erlebt unsere Gemeinde mit der Zentrumsentwicklung rund um den Bahnhof Effretikon zurzeit einen bedeutenden Bevölkerungszuwachs und einen damit einhergehenden demografischen Wandel. Verkommt Illnau-Effretikon zu einer linken Hochburg oder schaffen wir am Beispiel von Dübendorf die Entwicklung zu einer bürgerlich dominierten Stadt mit attraktiven Rahmenbedingungen für den Mittelstand? Die bevorstehende Wahl ist damit nicht nur für die Ortspartei, sondern für die gesamte Stadtgemeinde richtungsweisend und es steht folglich zu viel auf dem Spiel, um nicht mit allen Mitteln die politische Kehrtwende zu versuchen.

Kampagne zur Kandidatenwerbung

Bereits jetzt mobilisiert die Ortspartei zur politischen Teilnahme. Hierzu haben wir unsere Forderungen aufs Plakat gebracht (siehe Foto). Seit Ende März findet man auf dem Gemeindegebiet Illnau-Effretikons Plakate voller Sprechblasen. Ziel dieser Kampagne ist es, das Interesse der Bevölkerung an der Lokalpolitik zu wecken und dabei auf die Missstände, aber auch auf die vielen bisher ungenutzten Potenziale unserer Stadt aufmerksam zu machen. Zur Wiederwahl steht in unserer Gemeinde das Stadtparlament, der Stadtrat, die Schulpflege sowie die Bau- und Sozialbehörde. Der abgedruckte QR-Code führt zu einer Umfrage, für welche Funktion man sich interessiert. Die Kernaussage ist dabei klar: Wer unsere politischen Werte teilt und sich für unsere Stadtgemeinde engagieren möchte, dem bieten wir uns als Sprungbrett in ein Behördenamt an.

Diese Aktion stiess auch ausserhalb der Gemeindegrenzen auf Interesse. Auf Anfrage haben wir dann auch die Rohdaten der Kantonalpartei zukommen lassen. Interessierte Ortsparteien, welche mit dem Gedanken spielen, eine ähnliche Aktion zu lancieren, dürfen sich gerne beim Parteisekretariat melden.

Nachwuchsförderung

Der demografische Wandel belastet auch unsere Mitgliederbilanz. Besonders mit der hohen Mobilität der jungen Erwachsenen heutzutage ist es zunehmend herausfordernd, diese für eine Mitgliedschaft oder gar für ein Behör-

denamt zu gewinnen. Als Massnahme zur Mitgliederwerbung wurde an der kürzlichen Generalversammlung der SVP-Ortspartei beschlossen, dass für Mitglieder der Jungen SVP bis zum erreichten 25. Lebensjahr der Mitgliederbeitrag bei der Mutterpartei entfällt. Dies, nachdem bereits die Kantonal- sowie die Bezirkspartei ähnlich gelagerte Fördermassnahmen beschlossen haben. Diese Rabattaktion wollen wir mit Werbeflyern anpreisen, welche wir beispielsweise am Stadtfest «Effifäscht» im kommenden Mai streuen werden. Mit diesem Lockvogelangebot erhoffen wir uns, bereits früh mit Jungmitgliedern in Kontakt zu kommen und gleichzei-

tig die Zusammenarbeit mit der Jungpartei zu fördern.

Ärmel hoch!

Neben Illnau-Effretikon müssen auch in den anderen 159 Gemeinden des Kantons bis nach den Sommerferien die Wahllisten gefüllt werden. Der Erfolg einer Ortspartei hängt dabei massgeblich davon ab, dass diese geeignete und motivierte Kandidaturen aufstellen können. Den Leser möchte ich deshalb dazu ermutigen, selbst eine Kandidatur für ein Behördenamt zu prüfen oder aber die Partnerin bzw. den Partner, die Kinder oder das nähere Umfeld zur politischen Partizipation zu motivieren. Stehen wir gemeinsam ein für unsere bürgerlichen Werte und bringen wir unsere Kommunen mit konstruktiven Lösungen voran!



Mit diesen Sujets wirbt die Illnau-Effretiker Ortspartei für politisches Engagement.

Bild: Simon Binder

LESERBRIEF

Seebach

Das Quartier Seebach liegt im Norden der Stadt Zürich, direkt neben Oerlikon. Dieses Quartier Seebach ist synonym für viele andere Quartiere, Dörfer, Städte und Ortschaften, überall in der Schweiz und anderswo. Es hat sich extrem verändert, leider vor allem zum Schlechten. Sehr schade, wie die Quartiere kaputt gemacht werden. Veränderungen passieren über die Jahre, das war schon immer so. Was jedoch seit dem Jahr 2000, oder eher schon vorher, seit den 1990er-Jahren, mit diesen Quartieren passiert, ist nicht mehr nachvollziehbar. Und dafür mache ich unmissverständlich unsere Politik verantwortlich.

Ich wohne seit Jahren in Seebach und meine Frau noch länger, sie ist hier aufgewachsen, kennt also das Quartier bestens. Ich bin in einem Dorf im Sihltal aufgewachsen, auch das hat sich drastisch verändert. Die Eltern meiner Frau kennen Seebach natürlich noch länger. Die Geschichten von früher sind spannend und interessant, ich höre gerne zu. Das typische Quartierleben war noch intakt, es lebte. Viele der Menschen, die hier lebten, kannten sich und grüssten sich. Die Kinder und Jugendlichen waren anständig und grüssten die Erwachsenen. Für das brauchte es keinen Heiligenschein. Es gab auch da Ausnahmen, aber wenige. In der Schule waren alles Schweizer Kinder. In den 1970er-Jahren gab es dann vielleicht ein oder zwei Kinder von italienischen Gastarbeitern. Und heute ist es umgekehrt: In einer Schulklassse von 25 Kindern haben mindestens 21 einen Migrationshintergrund.

Viele Schweizer Familien schicken deswegen ihre Kinder heutzutage lieber in eine Privatschule, wenn sie es sich finanziell leisten können. Bei uns an der Schule in Seebach ist es extrem. Und es braucht Dolmetscher für den Elternabend. Die Eltern sprechen kein Deutsch und deren Kinder lernen es auch nicht richtig. Und unsere Politik duldet und toleriert das, und ein Ende ist nicht in Sicht. Das ist doch einfach himmeltraurig. In den öffentlichen Verkehrsmitteln, die total überfüllt sind, egal zu welcher Zeit, bin ich mittlerweile praktisch der einzige Käsekopf. Manchmal habe ich das Gefühl, der Schweizer verschwindet immer mehr und stirbt irgendwann ganz aus. Wenn das so weitergeht, passiert das schneller als erwartet.

Die Gastronomiekultur geht schon länger massiv bachab. Im Quartier gab es bis vor etwa 30 Jahren sicher sieben

Mal mehr Restaurants als jetzt. Und zwar gute Beizen, wo man sich nach der Arbeit getroffen, etwas getrunken und sich ausgetauscht hat. Auch Essen konnte man überall anständig. Es gab Quartierläden, die das Viertel zum Wohnen aufwerteten. Heute gibt es das alles praktisch nicht mehr. Dafür stellen sie ein Asylzentrum auf, oder es ist eine dieser Shisha-Bars, von denen gibt es dann wieder sehr viele. Und jeder Friseursalon ist in ausländischer Hand. Ich frage mich immer wieder, wie das geht. Es gibt Strassen und Siedlungen im Quartier, da ist der Ausländeranteil 100 Prozent. Viele sind vermutlich eingebürgert. Deutsch sprechen können sie trotzdem nicht. Und aussehen wie Schweizer tun sie schon grad gar nicht. Wer sich nicht integrieren will, ist bei mir unerwünscht. Aber es sind eh schon zu viele hier. Das sehen einige linke Schweizer jedoch ganz anders. Die finden, wir müssen der ganzen Welt helfen und ihnen ein Platz in der Schweiz schenken. Und für die bin ich sowieso gleich ein Rassist, aber das ist mir sowas von egal.

In unserem Quartier Seebach, wie bestimmt auch in vielen anderen Quartieren, ist es praktisch unmöglich, diese Zuwanderung aufzuhalten, zu stoppen. Das heisst, es wäre schon möglich; aber unsere linke Politik hier, interessiert das nicht. Die machen partout nichts dagegen. Dabei geht es vielen anderen gleich wie meiner Frau und mir. Viele haben ähnliche Ansichten wie wir. Sogar Ausländer, die schon lange hier wohnen. Es herrscht Dichtestress und das führt zu ungesunden Aggressionen und macht krank. Aber das ist ja egal. Im Namen der Gesundheit werden wir von den Behörden dauernd bevormundet. Das sollst du nicht essen, dies ist nicht gesund, das schadet dir und so weiter. Aber bei der Zuwanderung und der Arbeit kann es nicht genug sein. Das ist doch komplett widersprüchlich.

Ich könnte ja auswandern, wenn es mir hier nicht mehr passt? Ja, das könnte ich, mache ich aber nicht. Soweit kommt's noch, sicher nicht! Wenn alle Schweizer wegziehen, um anderen Platz zu machen, dann sind wir aber mächtig gestört. Ich lasse mich doch nicht vertreiben. So ganz nach dem Motto: Halte durch, Müller!

In diesem Sinne: Ein Hoch auf die Schweiz! Solange es sie noch gibt.

Dieter Näpflin-Graf,
Zürich

SVP BEZIRK MEILEN

«Die Schweiz leidet an Demenz»

Die SVP des Bezirks Meilen war zu Gast bei der Emil Frey AG in Erlenbach und durfte Alt Bundesrat Ueli Maurer als Redner begrüssen.

Als Ehrengast mit grossem Applaus begrüsst, gab der frühere Bundesrat und Finanzminister Ueli Maurer zu Beginn seines Referats eine souveräne weltpolitische Umschau. Der Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland in der Ukraine gehe weiter, da sich Putin momentan im strategischen Vorteil befinde und mehr als die Hälfte der Welt auf seiner Seite wisse. Den Wirtschaftskrieg zwischen Ost und West entscheide schliesslich für sich, wer über mehr Daten verfüge. Gegen den jahrzehntelangen Linksvormarsch in der westlichen Welt zeigt sich nun in den USA, aber auch in Frankreich, Italien und Deutschland eine gewisse Gegenbewegung. Das gilt teilweise auch für die Schweiz. Dass sich die Exponenten der SVP von Medien und linken Parteien in die «rechts-extreme Ecke» stellen lassen müssen, die doch auf allen Ebenen so viel für das Gemeinwesen leisten, findet Ueli Maurer empörend, genau wie die moralistische Unterscheidung in «Gute» und «Böse» in der Politik. Die Meinungsfreiheit ist in ernster Gefahr, nicht zuletzt durch politisierende Richter.

Bedrohte Identität

Die Identität der Schweiz hat sich in letzter Zeit massiv verändert, und allzu viele haben unsere gemeinsame Geschichte, die eigene Herkunft vergessen. Ueli Maurer verglich dies mit einer gewissen gesellschaftlichen Demenz und betonte, dass auch der Staat von Demenz bedroht sei. Darum lasse er eine 10-Millionen-Schweiz zu und unterstütze die institutionelle Anbindung an die EU auf Kosten unserer Unabhängigkeit. Im Falle einer Zustimmung würde es uns wirtschaftlich schlechter



v.l.n.r.: Alt Kantonsrätin Theres Weber-Gachnang, der abtretende Bezirkspräsident Dubravko Sinovcic, Kantonalpräsident und Kantonsrat Domenik Ledergerber, Alt Bundesrat Ueli Maurer, Kantonsrätin Marion Matter, Kantonsrat Tumasch Mischol und der neue Bezirkspräsident Marc Wachter.

Bild: SVP Bezirk Meilen

gehen und die Zuwanderung wäre noch dramatischer. Das Asylwesen ist ausser Kontrolle, kommen doch 85 Prozent Männer, die später ihre Familien nachziehen und unsere abendländische Kultur gefährden. Als Bundesrat hat Maurer 47 Länder besucht, und überall stiess die Schweizer Neutralität auf grosse Sympathie. Auch dieses Markenzeichen wird beschädigt und damit auch das internationale Ansehen unseres Landes.

Die Armee und die Sicherheit sind nicht nur eine Frage der Finanzen, unsere Landesverteidigung muss wieder glaubwürdig werden. Die obligatorische Wehrpflicht gibt zu denken, wenn in Basel-Stadt 18 Prozent eine Rekrutenschule absolvieren, in Obwalden aber 80 Prozent. Was die Finanzen betrifft, so müssen wir in den nächsten Jahren viel Unsinniges reduzieren und dürfen keinesfalls an der Schuldenbremse rütteln. Ueli Maurer rief die SVP-Mitglieder auf, voranzugehen und sich auf allen Stufen einzusetzen. Denn in der Politik sei es wie im Sport: Eine Mannschaft, die alles gebe, werde auch Anhänger finden.

Marc Wachter neuer Bezirkspräsident

Zuvor war die stattliche Zahl der Delegierten in der Garage Emil Frey AG in Erlenbach bestens betreut und aufs Feinste bewirtet worden. Bezirkspräsident Dubravko «Dubi» Sinovcic konnte speziell den SVP-Kantonalpräsidenten, Kantonsrat Domenik Ledergerber, Nationalrätin Nina Fehr Düsel, Kantonsrätin Marion Matter und Kantonsrat Tumasch Mischol begrüssen. Ein ganz besonderer Dank ging an die frühere Kantonsratspräsidentin Theres Weber, die den Ort der Delegiertenversammlung erst ermöglicht hatte. Der Bezirkspräsident führte zügig durch die Traktanden und musste bedauerlicherweise wegen seiner Belastung als Radiologie-Arzt am Kantonsspital Winterthur seinen Rücktritt bekanntgeben. Mit grossem Applaus wurde als Nachfolger Marc Wachter (Zumikon) gewählt. Er gab bekannt, dass er am 7. Juli heiraten werde – selbstverständlich auf dem «Schlattgut» in Herrliberg.

Theres Weber-Gachnang,
Alt Kantonsrätin SVP,
Uetikon am See

150 Jahre Kritik und Humor



Der Nebelspalter kämpft seit 1875 für den gesunden Menschenverstand.

Wenn Sie uns jetzt abonnieren, haben Sie gut lachen!
Profitieren Sie von unserem Sonderangebot.

- ☐ Probe-Abo zum Kennenlernen für 20 Franken
- ☐ Jahres-Abo Print für 98 Franken statt 118 Franken (10 Ausgaben)
- ☐ Kombi-Abo Print & Digital für 220 Franken statt 277 Franken

☐ Frau ☐ Mann

Vorname, Name

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Anmeldeformular bitte einsenden an:

Nebelspalter AG
Buckhauserstrasse 11
8048 Zürich



Scannen & abonnieren

NEBELSPALTER

Er kommt immer wieder: Pole (60) schon 16 Mal ausgeschafft

Ein Pole wird 16 Mal aus der Schweiz ausgeschafft – und reist immer wieder ein, trotz Einreiseverbote und obwohl er bereits 33 Mal straffällig wurde!

Jetzt Grenzschutz-Initiative unterschreiben!

SVP Die Partei des Migrations

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsl, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00–21.00 Uhr, Restaurant altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00–22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Donnerstag, 24. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Bonstetten, mit Kantonsrat Marc Bochsler.

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 7. Mai 2025, 19.00 Uhr, Polit-Dinner, Restaurant Bahnhof, Alte Andelfingerstrasse 2, Henggart, mit Kantonsrat Paul Mayer. Essen auf Kosten der Teilnehmer. Anmeldung bis 4. Mai 2025 (mit Wahl Fleisch oder Vegi) unter ycaspar@sunrise.ch.

Bezirk Andelfingen/Andelfingen
Dienstag, 29. April 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage, Löwensaal, Landstrasse 38, Andelfingen, mit den Kantonsräten Marc Bochsler und Tobias Weidmann, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dielsdorf/Stadel
Samstag, 10. Mai 2025, 10.00 Uhr, SVP-Stand, Frühlingmarkt, Stadel b. Niederglatt, mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Freitag, 9. Mai 2025, 20.30 Uhr, Referat «Aktuelle Sicherheitslage», im Anschluss an die Generalversammlung, Landgasthof Sternen, Esslingerstrasse 1, Oetwil am See, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Bezirk Pfäffikon/Fehraltorf
Dienstag, 6. Mai 2025, 19.15 Uhr, Podium zur Steuervorlage 17, Heiget Huus, Schulhausstrasse 22, Fehraltorf, mit Kantonsrat Paul von Euw.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.
Erscheint jeden Freitag. **Insertatenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Bezirk Uster/Dübendorf
Samstag, 26. April 2025, 09:30 – 11:45 Uhr, Standaktion, vor dem City Center, Dübendorf.

Donnerstag, 8. Mai 2025, 19.15 Uhr, Podium zur Steuervorlage 17, Obere Mühle, Oberdorfstrasse 15, Dübendorf, mit Kantonsrat Patrick Walder.

Samstag, 10. Mai 2025, 09:30 – 11:45 Uhr, Standaktion, vor dem City Center, Dübendorf.

Bezirk Winterthur/Neftenbach
Samstag, 10. Mai 2025, 10.00 – 14.00 Uhr, Grill-Event, Gemeindehausplatz, Neftenbach.

Stadt Zürich/Kreis 3
Dienstag, 13. Mai 2025, 18.30 Uhr, Podium «Entwicklungshilfe – Wie weiter?», Reformiertes Kirchgemeindehaus Wiedikon, Bühlstrasse 11, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 10. Mai 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 26. April 2025, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 9. Mai 2025, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Vesuvio, Glatttalstrasse 40, Zürich-Seebach.

Samstag, 10. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 17. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.





Asylmissbrauch stoppen!

Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!



Bürgerlicher Gemeindeverein Turbenthal

Der BGV Turbenthal lädt ein

Öffentliches Referat von Köbi Sturzenegger

Ländliche Entwicklungshilfe in Rumänien... Situation heute



Mittwoch, 30. April 2025, 20 Uhr
Armbrustschützenhaus Turbenthal

Seit 2015 arbeitet Köbi Sturzenegger im Team des mythen-fonds und reist mehrmals jährlich nach Siebenbürgen, Rumänien, um tatkräftig bei den Projekten mitzuhelfen. Köbi erzählt an diesem Abend, mit welchen Herausforderungen die Bauern in dieser Gegend in den letzten 2 Jahren konfrontiert waren und welche Erfolge erzielt wurden. Erzählungen, die unter die Haut gehen. Wir laden Sie ein, an diesem Abend in die Welt einer der ärmsten, ländlichen Bevölkerung Europas einzutauchen.

Eintritt frei
Keine Anmeldung nötig

bgv-turbenthal.ch